

## TOP 9

### **Das Leid ehemaliger Heimkinder in Behinderten- einrichtungen und Psychiatrien in der DDR aufarbeiten und anerkennen (DrS 6/2796) – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

7. Oktober 2015

---

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich in den 1990er-Jahren meinen Freiwilligendienst in einem Heim für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Schwerstmehrfachbehinderungen antrat, konnte man auf den Fluren dieser Einrichtungen zuweilen noch spüren, was sich dort zu DDR-Zeiten zugetragen haben muss. Fotos dokumentierten ein grausames Erbe. Die Menschen wurden gleichsam wie Vieh gehalten, festgebunden, Tag und Nacht sediert. Einige von ihnen lebten seither in einem dauerhaften Dämmerzustand. Ihren eigenen Willen zu bekunden war ihnen längst nicht mehr möglich, hatte man ihnen über die Jahre doch abgewöhnt, ihn zu artikulieren.

Fehlende Krankenakten machten es mir unmöglich, ihre Lebens- und Leidensgeschichten nachzuvollziehen.

Das ambitionierte Objekt der Enthospitalisierung, das wir Ende der Neunzigerjahre mit großem Enthusiasmus vorangetrieben haben, kam für viele dieser Menschen zu spät. Zu spät kommt auch der heutige Antrag für einige dieser Menschen – doch eben nicht für alle von ihnen –; und daher ist es umso wertvoller, dass wir überhaupt dieses beschämende Thema, diese Lücke im System heute auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Anders als in der UdSSR und in Rumänien wurde die Psychiatrie in der DDR nicht systematisch als Instrument gegen politisch Missliebige eingesetzt. Dennoch lautet das Ergebnis einer ost- und westdeutsch besetzten Kommission aus Psychiatrieexperten, die sich nach 1990 bildete – ich zitiere –: „... dass die Einwirkungen des autoritären Staates auf die Psychiatrie nicht unerheblich und weiter zu untersuchen waren. So hatten die Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit ärztliche Schweigepflicht gebrochen, Patienteninteressen verraten und ihre Kollegen bespitzelt, und nicht alle Psychiater hatten dem Druck widerstanden, störende Kranke in den Kliniken zu behalten, wenn hoher Staatsbesuch bejubelt durch die Straßen rollte.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass es bei diesem Antrag schnell Einigkeit darüber gab, dass das Anliegen der einreichenden Fraktion berechtigt ist. Denn: Gleichwohl es in der DDR Menschen gab, die auch mit einer Behinderung ihren Weg machen durften – ich denke zum Beispiel an Blinde und Sehbehinderte, die in Königs Wusterhausen eine sehr gute Schulbildung erhalten haben –, überwiegt doch für die meisten, was ein promovierter Rehabilitationswissenschaftler unlängst in einer Studie feststellte – ich zitiere: „Der politisch deklarierte Anspruch, nach dem im Zuge des

## TOP 9

### **Das Leid ehemaliger Heimkinder in Behinderten- einrichtungen und Psychiatrien in der DDR aufarbeiten und anerkennen (DrS 6/2796) – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

7. Oktober 2015

---

sozialistischen Humanismus die Lebensbedingungen für alle Bürger der DDR verbessert werden sollten, erreichte die Personengruppe der Menschen mit Behinderung und psychisch Kranken nicht oder nur selten.“

Wir haben den Antrag geprüft und teilen sein Grundanliegen voll und ganz. Eine Änderung aus dem Änderungsantrag, der bereits eingebracht ist, möchte ich Ihnen gern erläutern: Wir zielen nicht darauf, eine Strafverfolgung zu prüfen. Hier wird zum einen eine Verjährung gegeben sein; zum anderen sehe ich durch eine Strafverfolgung keine effektive Hilfe für die Betroffenen gewährt.

Ich weiß, dass eine konsequente Strafverfolgung für viele Opfer der SED-Diktatur eine Genugtuung wäre – und aus ihrer Sicht ist das sicherlich auch nachvollziehbar. Doch aus unserer Position heraus sollten wir eine „Auge-um-Auge-Zahn-um-Zahn-Mentalität“ hier nicht forcieren.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Studie erschloss sich mir bereits bei den Recherchen für diese Rede. Obwohl ich selbst viele Opfer der SED-Diktatur und auch Heimkinder aus meinem Ehrenamt kenne, war es mir absolut nicht möglich, einen Zeitzeugen für das heutige Thema, für diese Geschehnisse ausfindig zu machen. Es handelt sich um eine verborgene Gruppe, die dringend eine Stimme braucht. Ich freue mich, dass wir ihr heute dank der antragstellenden Fraktion eine solche Stimme geben können.

*(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der Staatsregierung)*